

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/7290/2020
	Status: öffentlich
	Datum: 27.02.2020
Antragstellende Fraktion/en: Marburger Linke	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Nulltarif mit Stadtpass - Mehr Nutzen bei weniger Kosten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass Inhaber*innen eines Stadtpasses ab dem 1. Juli 2020 den ÖPNV in Marburg kostenlos nutzen können. Sie schließt mit dem RMV einen entsprechenden Vertrag ab und übernimmt die Kosten. Der Stadtpass gilt als Fahrkarte.

Begründung:

Gegenwärtig gibt es umgerechnet etwa 5.000 Stadtpassinhaber*innen (9.465 ausgegebene Stadtpässe 2019 mit sechs Monaten Gültigkeitsdauer) in Marburg, von denen die Hälfte preisreduzierte Monatskarten nutzt. Der Zuschuss der Stadt dafür betrug 2018 634.273 Euro insgesamt oder 24,50 Euro pro Monatskarte.

Wenn die Stadt, anstatt das Monatsticket zu bezuschussen, ähnlich wie beim eigenen Jobticket mit dem RMV einen Vertrag zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV in Marburg durch die Stadtpassinhaber*innen abschließt, würde das Kosten von höchstens 550.000 Euro bedeuten. Damit könnten doppelt so vielen Menschen wie bisher die Busse zu nutzen - und das bei einer Einsparung von fast 100.000 Euro.

Möglicherweise könnte in den Verhandlungen mit dem RMV sogar ein noch günstigeres Ergebnis als beim Jobticket der Stadt erreicht werden. Als dieses nur für Marburg und nicht das ganze RMV-Gebiet galt, zahlte man dem RMV 9,94 pro Beschäftigten und Monat. Da es sich bei den Stadtpassinhaber*innen nur um Marburger*innen und nicht wie beim Jobticket auch um Pendler*innen handelt, deren Arbeitsweg mitbezahlt wurde, dürften schon allein deshalb die Kosten geringer sein. Außerdem dürften unter den Stadtpassinhaber*innen die Anzahl der durchschnittlich zurückgelegten Wege pro Tag niedriger sein, da der Anteil der Berufstätigen und in Ausbildung befindlichen Personen unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegt.

Bei gleichen Kosten wie bisher könnte die Stadt den Stadtpassinhaber*innen sogar ein Gratisticket für den ganzen Landkreis und eventuell für das gesamte RMV-Gebiet zur Verfügung stellen.

Außerdem wäre dieses Verfahren mit einer Verwaltungsvereinfachung verbunden: Die Stadtpassinhaber*innen müssten nicht jeden Monat den Gang zur Mobilitätszentrale antreten und diese würde entlastet, da der Verkauf von monatlich 2.500 Monatskarten entfielen. Die freiwerdenden Kapazitäten könnten in der Werbung für den ÖPNV eingesetzt werden.

Renate Bastian
Henning Köster-Sollwedel
Inge Sturm

Tanja Bauder-Wöhr
Miguel Sánchez Arvelo
Stefanie Wittich

Roland Böhm
Jan Schalauske